

Auskünfte / Anfrage gem. KV M-V

Nr.: BA/2017/2247-01

Federführend:  
FÜR-WISMAR-Fraktion

Status: öffentlich  
Datum: 24.07.2017

Beteiligt:

Verfasser: FÜR-WISMAR-Fraktion

**Anfrage der FÜR-WISMAR-Fraktion, Sitzung der Bürgerschaft am 27.07.2017  
- Statements aus der Verwaltung zum "Tag der Entgeltgleichheit", Nachfrage  
zur Antwort vom 29.05.2017 - BA/2017/2247**

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	27.07.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Anfrage / Antwort / Bericht

### Hintergrund:

Auf Seite 5 des Stadtanzeigers wurde über den internationalen Aktionstag für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern informiert und eine Reihe von Statements abgedruckt, darunter auch vom Bürgermeister, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Bürgerschaftspräsidenten der Hansestadt Wismar.

Die dazu gestellten Fragen der Fraktion wurden mit dem Hinweis auf die Geltung von Tarifverträgen und auf politische Entscheidungen beantwortet, eigene Verantwortlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten wurden nicht gesehen.

Nimmt man die in der Anzeige im Stadtanzeiger und in der Antwort genannten Ursachen der geringen Entlohnung in typischen Frauenberufen oder die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Beispiele, gibt es dennoch Möglichkeiten sich über die Bekenntnisse hinaus zu engagieren.

### Fragen:

1. Welche Maßnahmen wurden von Seiten der Hansestadt Wismar bzw. ihrer Handlungsträger in den jeweiligen Gliederungen unternommen, um die Tarifverträge auf Entgeltgleichheit zu untersuchen und anzupassen?
2. Das Vergaberecht erlaubt Ausschreibungen, in denen soziale Kriterien bei der Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes mitberücksichtigt werden. Wurde der Nachweis der gerechten Entlohnung von Frauen in Ausschreibungen oder Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert? Wenn nein, warum nicht?

**Anlage/n:**  
keine

Dr. Gerd Zielenkewitz  
Fraktionsvorsitzender

(Diese Anfrage/Antwort wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)